

DAS SONDERVERMÖGEN FÜR INFRASTRUKTUR UND KLIMANEUTRALITÄT (SVIK)

Großer Wurf oder nur ein Verschiebepbahnhof?

IMK-Forum 2026

Dr. Katja Rietzler, Referatsleitung Steuer- und Finanzpolitik
Berlin, 21. Mai 2026

Für eine erste Bilanz des Sondervermögens fragen wir:

1. Reicht das Volumen des Sondervermögens aus, um die zusätzlichen Investitionsbedarfe zu decken?
2. Wie wird gewährleistet, dass zusätzliche Investitionen getätigt werden?
3. Wie ist das erste Jahr des SVIK zu bewerten?
4. Wie ist der Ausblick des Bundes bis 2030?
5. Wie stehen die Chancen, dass Länder und Kommunen zusätzlich investieren?
6. Fazit: Mit Nachbesserungen kann das SVIK noch ein Erfolg werden.



Karikatur: Mario Lars 19.3.2026 in der taz

2024: IMK und IW Köln ermitteln hohe zusätzliche Investitionsbedarfe

- In Preisen des Referenzjahres 2024 kommen die Forschenden auf einen Bedarf von knapp **600 Mrd. Euro** für zusätzliche investive Ausgaben des Staates in zehn Jahren.
- Ohne eine **Reform der Schuldenbremse** in Richtung einer goldenen Regel für Investitionen oder mindestens ein temporäres Sondervermögen wäre dies unrealistisch.
- Mit dem SVIK hat die Politik reagiert: 500 Mrd. € über 12 Jahre

Politik

600 Milliarden Euro für die Infrastruktur

Deutschland muss laut führenden Ökonomen eine gigantische Summe investieren. Die Forderung kommt mitten im Haushaltsstreit der Ampelkoalition.

Martin Greive, Jan Hildebrand, Julian Oik Berlin

Studie

Intourgeführte Autobahnbrücken, marode Schulen, fehlende Wohnungen – an vielen Stellen muss die Infrastruktur in Deutschland erneuert werden. Nach Einschätzung von führenden Ökonomen ist der Investitionsbedarf dafür gigantisch: 600 Milliarden Euro in den kommenden zehn Jahren. Zu diesem Ergebnis kommt eine neue Studie des arbeitsnahen Instituts der deutschen Wirtschaft (IW) und des gewerkschaftsnahen Instituts für Makroökonomie und Konjunkturforschung (IMK).

Damit lie der öffentliche Investitionsbedarf in Deutschland noch einmal gestiegen. Im Jahr 2019 hatten die Ökonomen bereits eine Schätzung vorgelegt. Damals betrug die von ihnen geforderte Summe noch 460 Milliarden Euro. „Seitdem hat der Investitionsdruck zugenommen, auch durch den massiven Angriffskrieg gegen die Ukraine“, heißt es in dem Papier.

Sebastian Dullien, Direktor des IMK, sagte: „Die 600 Milliarden Euro erscheinen wie eine Horrorzahl.“ IW-Direktor Michael Hüther forderte von der Politik mutige Entscheidungen, um das Land „zukunftsfitig zu machen“. Die beiden Wissenschaftler schlagen vor, das Programm über zusätzliche Schulden zu finanzieren.

- Rund 177 Milliarden Euro sind laut der Studie notwendig, um den Sanierungsstau in den Städten und Gemeinden aufzulösen. Hinzu kommen etwa 26 Milliarden Euro für den Ausbau des Nahverkehrs.
- Knapp 100 Milliarden Euro sollen in das Straßennetz und Schienenwege fließen.
- Auch im Bildungsbereich hat sich der Investitionsbedarf vergrößert und liegt nun bei mehr als 40 Milliarden Euro.
- Beim Wohnungsbau sehen die Ökonomen staatliche Ausgaben von knapp 37 Milliarden Euro vor.

Sebastian Dullien (l.) und Michael Hüther: Die Ökonomen schlagen zusätzliche Schulden vor.

► Für den Klimaschutz halten IW und IMK rund 213 Milliarden Euro für notwendig. Die Klimaschutzanforderungen hätten sich seit der letzten Studie verdoppelt, sagte IMK-Chef Dullien. Zudem könne man sich nicht mehr auf Gas als Brückentechnologie verlassen. Entsprechend seien die Ausgaben nun höher.

Die Studie erscheint mitten im Haushaltsstreit der Ampelkoalition. Bereits seit Wochen diskutiert die Bundesregierung über den Haushalt 2025. SPD und Grüne drängen darauf, noch einmal die Schuldenbremse auszuheben oder gleich zu lockern.

Bundesfinanzminister Christian Lindner und die FDP wollen dagegen unter allen Umständen an der Schuldenbremse festhalten. Dafür müsste die Ampel im Etat aber ein Haushaltsloch von rund 25 Milliarden Euro schließen. Lindner hat deshalb allen Ressorts harte Ausgabenobergrenzen vorgeschrieben, die teils deutlich unter jenen

Öffentlicher Investitionsbedarf in Deutschland
Summe in Mrd. Euro

Maßnahme	Summe in Mrd. Euro
Infrastruktur, kommunale Infrastruktur	~100
Ausbau des ÖPNV	~100
Bildung	~40
Ausbau von Ganztags-Sanierungsbedarf in Wohnungsbau	~37
Staatlicher Anteil	~37
Überregionale Infrastruktur	~26
Ausbau des Schienen-Bundesfernverkehrs	~100
Klimaschutz u. Klimadekarbonisierung	~213
Kommunale Ausgaben	~100

Handelsblättern

Ausgaben liegen, die Jahr zur Verfügung für das nicht-aktive Lindner-Förderprogramm deutlich höhere Ausgaben angedeutet haben will. Insbesondere Arbeitsministerin Veredigungsmitteln. Im Hintergrund im Hintergrund

Köln, 14.05.2024

IW-Policy Paper 2/2024

Aktuelle politische Debattebeiträge

INSTITUT DER DEUTSCHEN WIRTSCHAFT

IMK
Institut für Makroökonomie und Konjunkturforschung

Das IMK ist ein Institut der Hans-Böckler-Stiftung

POLICY BRIEF

IMK Policy Brief Nr. 168 - Mai 2024

HERAUFORDERUNGEN FÜR DIE SCHULDENBREMSE

Investitionsbedarfe in der Infrastruktur und für die Transformation

Sebastian Dullien, Simon Gerards Iglesias, Michael Hüther, Katja Rietzer

IW

Herausforderungen für die Schuldenbremse

Investitionsbedarfe in der Infrastruktur und für die Transformation

Sebastian Dullien / Simon Gerards Iglesias / Michael Hüther / Katja Rietzer

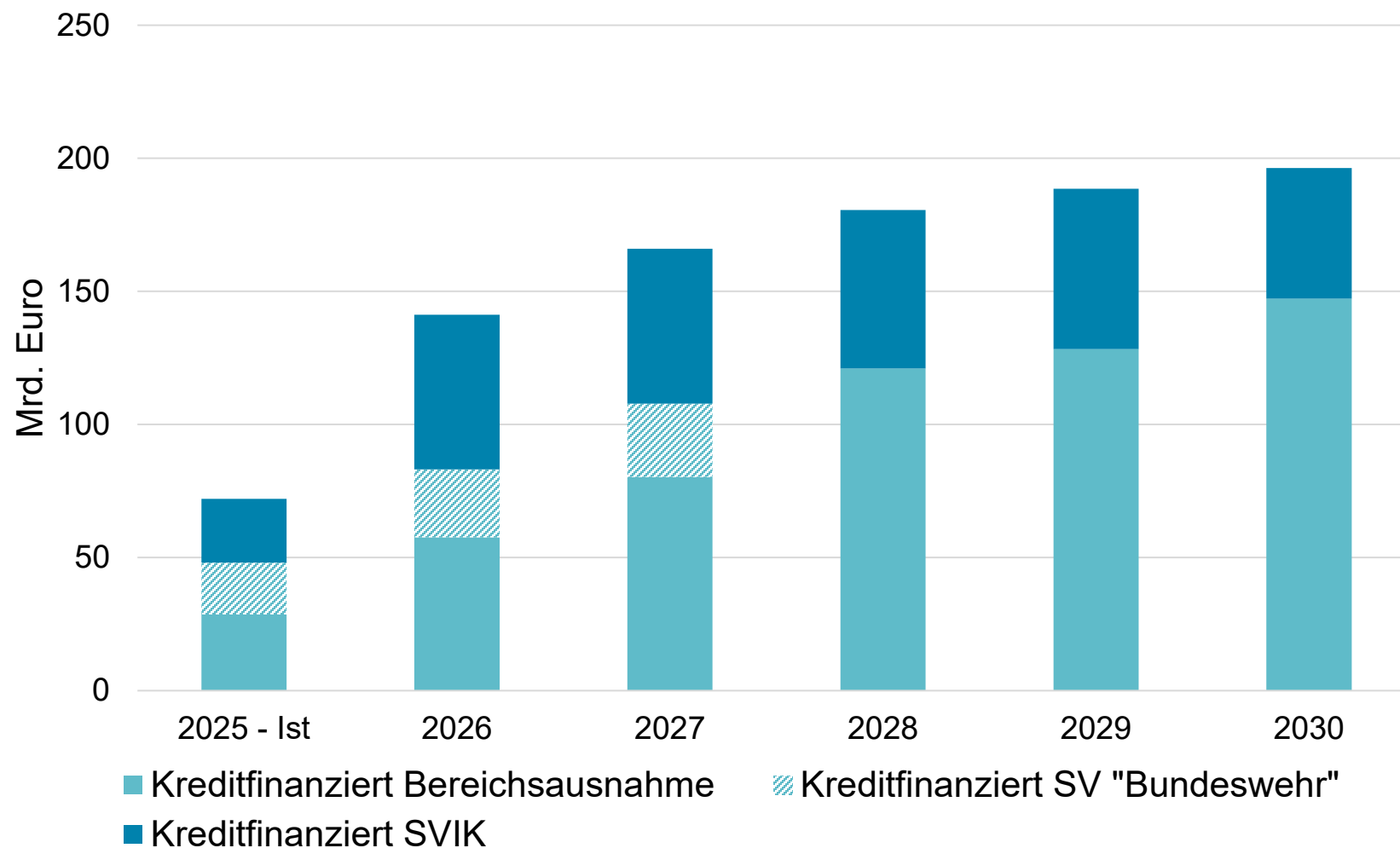
Köln, 14.05.2024

IW-Policy Paper 2/2024

Aktuelle politische Debattebeiträge

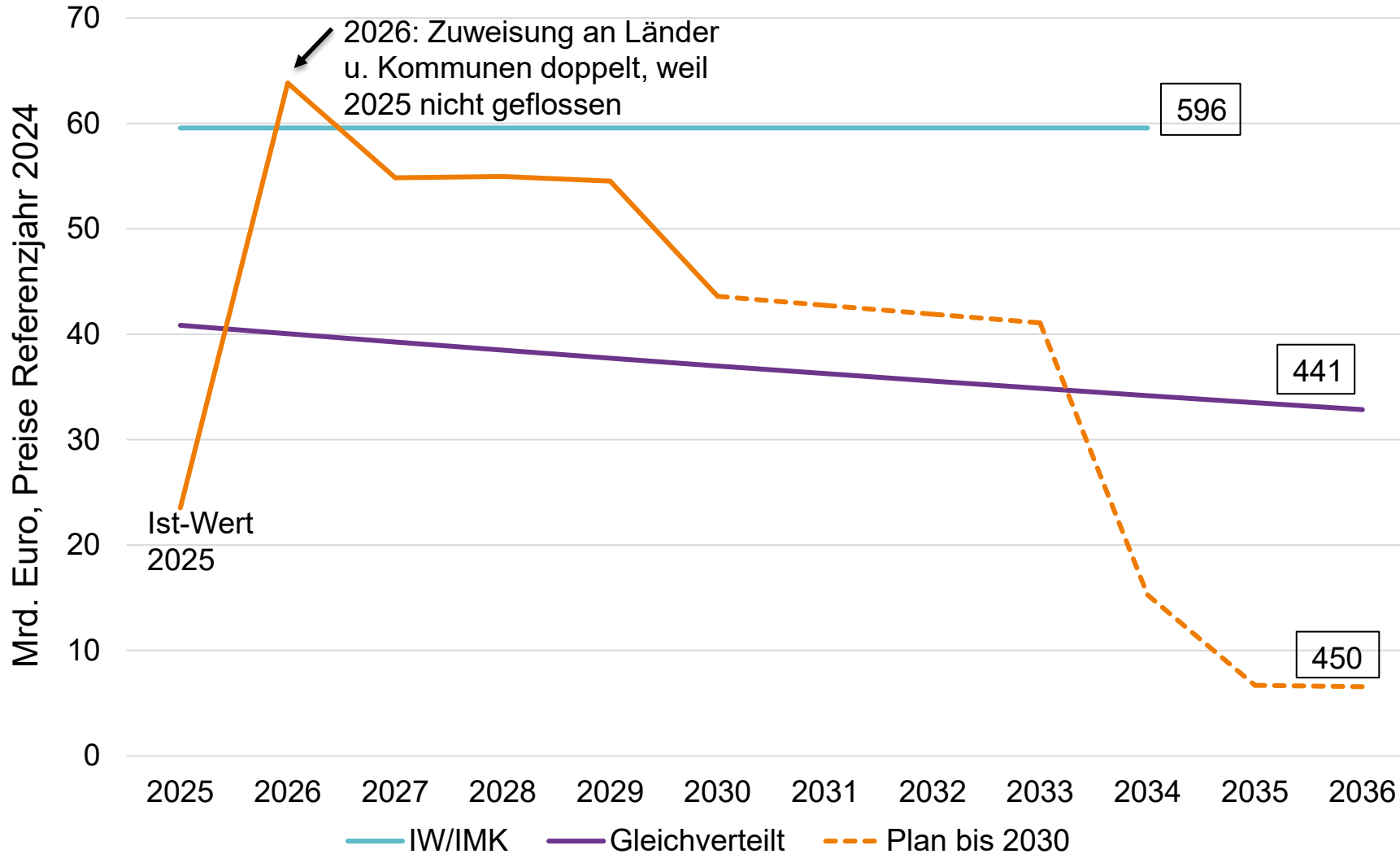
INSTITUT DER DEUTSCHEN WIRTSCHAFT

Sondervermögen für Infrastruktur und Klimaneutralität (SVIK) im Vergleich zu kreditfinanzierten Verteidigungsausgaben gering



2030: geplante Kreditfinanzierung der sogenannten Bereichsausnahme dreimal so hoch wie die des SVIK.

Das Sondervermögen bleibt schon im besten Fall deutlich hinter den Bedarfen zurück:



Optimistischer Fall mit jährlicher Preissteigerung von nur 2 %.

Deflator der öff. Investitionen 2015-2025: jährlich +3,7 %

Selbst bei 100% zusätzlichen Investitionen bleibt eine Lücke.

Je höher die Preissteigerungen und je später die Verausgabung umso größer die Lücke.

Die Anforderungen an die Zusätzlichkeit sind wenig ambitioniert

Geltende Regelung:

Mindestinvestitionsquote von 10 % der Ausgaben im Kernhaushalt

Hauptprobleme:

- Zielquote unambitioniert (Soll 2024: 11,0 %)
- Zusätzlichkeit nicht für Länder/Kommunen und KTF gefordert.

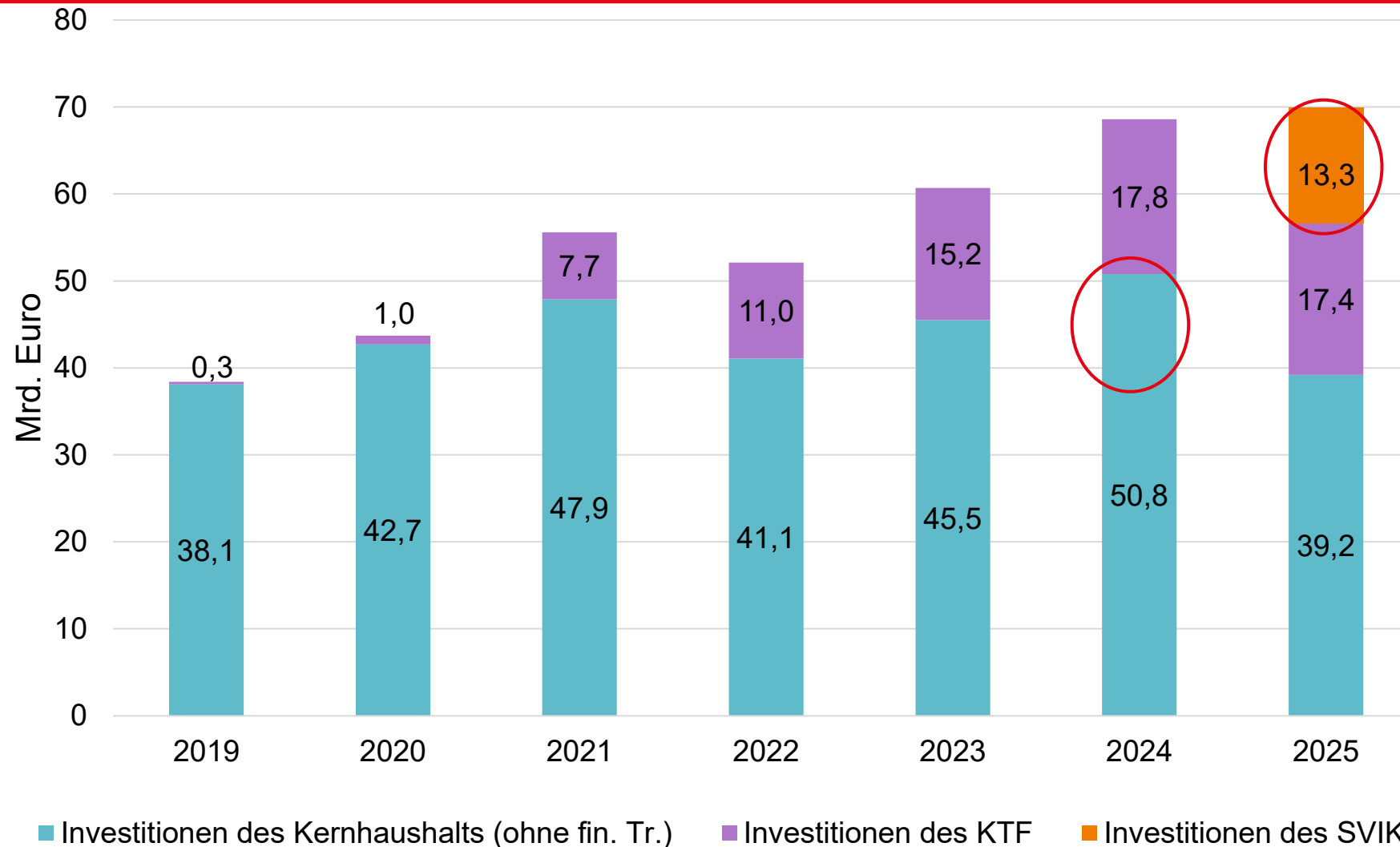
Die Zusätzlichkeit ist schwer zu messen, weil die Ausgaben des SVIK größtenteils aus Investitionszuschüssen bestehen. Die Zusätzlichkeit müsste bei den empfangenden Einheiten gemessen werden, die ihrerseits teilweise Investitionszuschüsse vergeben.

Erster Schritt: Ein Blick auf den Bundeshaushalt – 2025 und in der Planung bis 2030.

„Zusätzlich“ = zusätzlich zu Investitionen vor Grundgesetzänderung – also z.B. 2024

- nominal und im Vergleich zur zusätzlichen Verschuldung des SVIK
- oder relativ zum BIP

Ist-Daten: Im ersten Jahr des SVIK weniger zusätzliche Investitionsausgaben als zusätzliche Schulden.

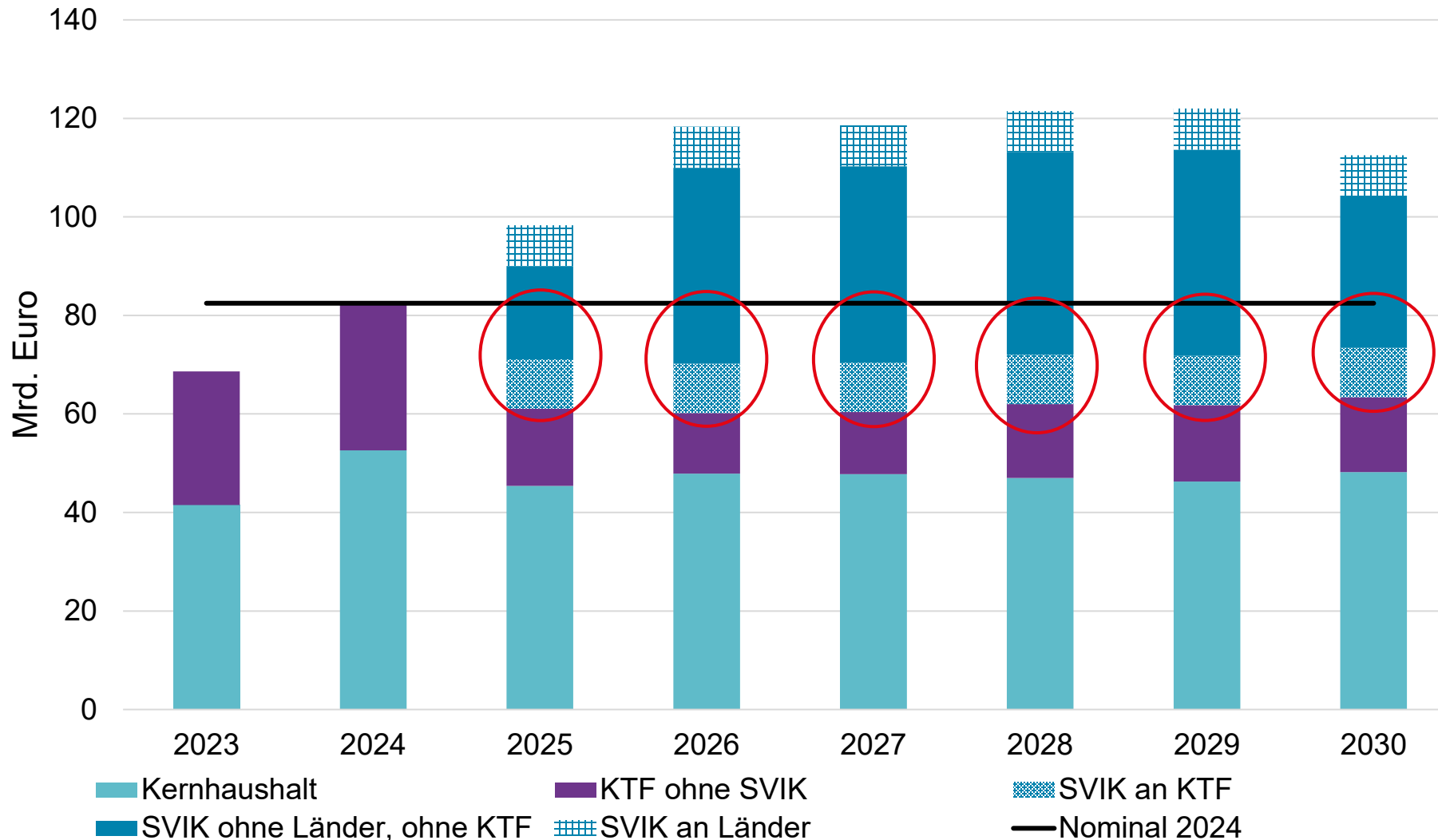


2024: 68,6 Mrd. Euro
 2025: 69,9 Mrd. Euro
 Differenz: 1,3 Mrd. Euro

Zusätzliche Kreditaufnahme: 24,3 Mrd. Euro

Zusätzlich: 1,3
 Übrig: $0,3 + 8,3 = 8,6$
 Anderweitig verausgabt:
 $24,3 - 1,3 - 8,6 = 14,4$
 Entspricht: 59 %

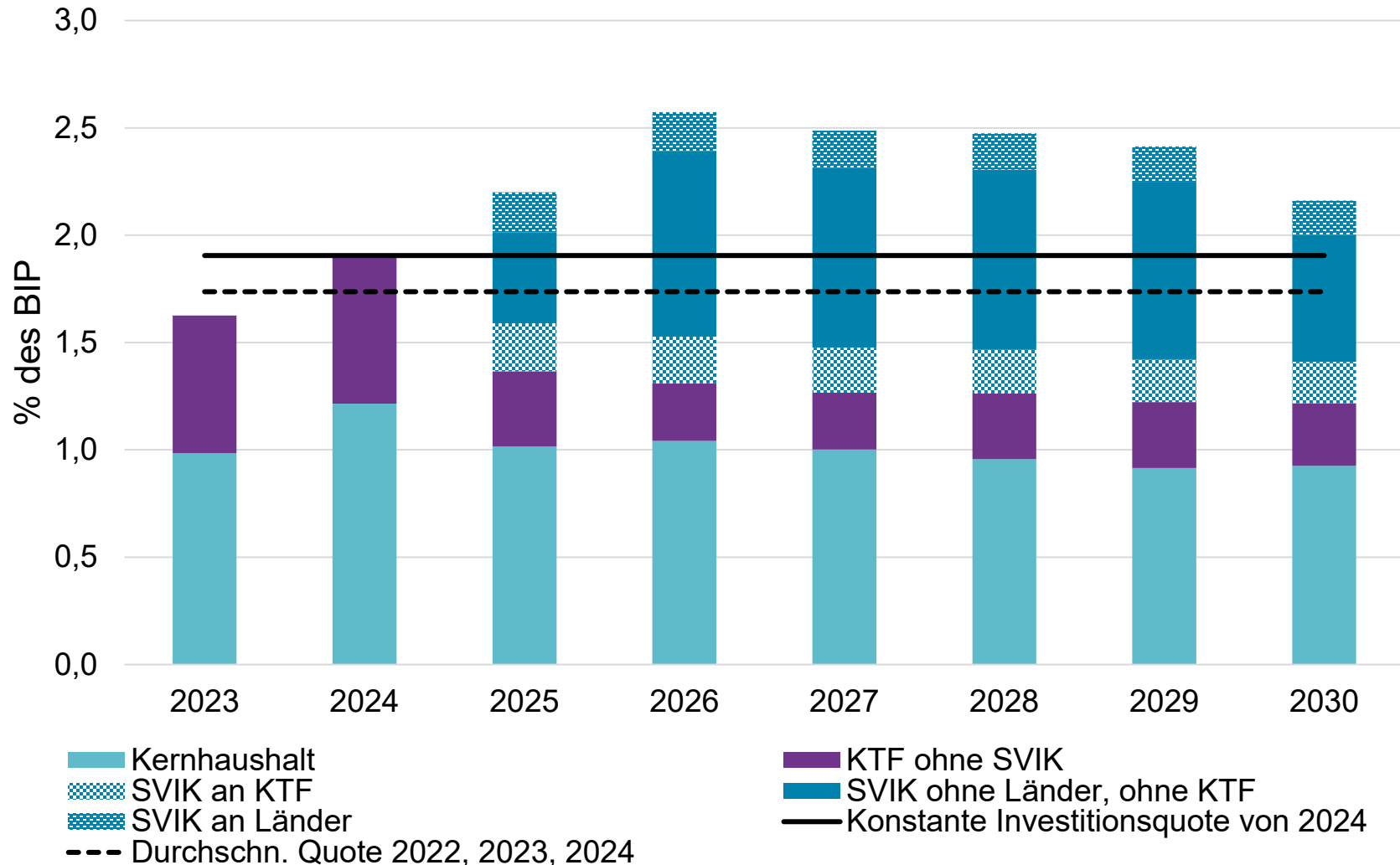
Planung: Nicht durch Kredite finanziertes Anteil der Investitionen bleibt deutlich unter dem nominalen Wert des Jahres 2024



2024 war ein Jahr mit deutlich höheren geplanten Investitionen als 2023.

Aber die Benchmark nominal konstanter Investitionen ist – vor allem längerfristig – wenig ambitioniert.

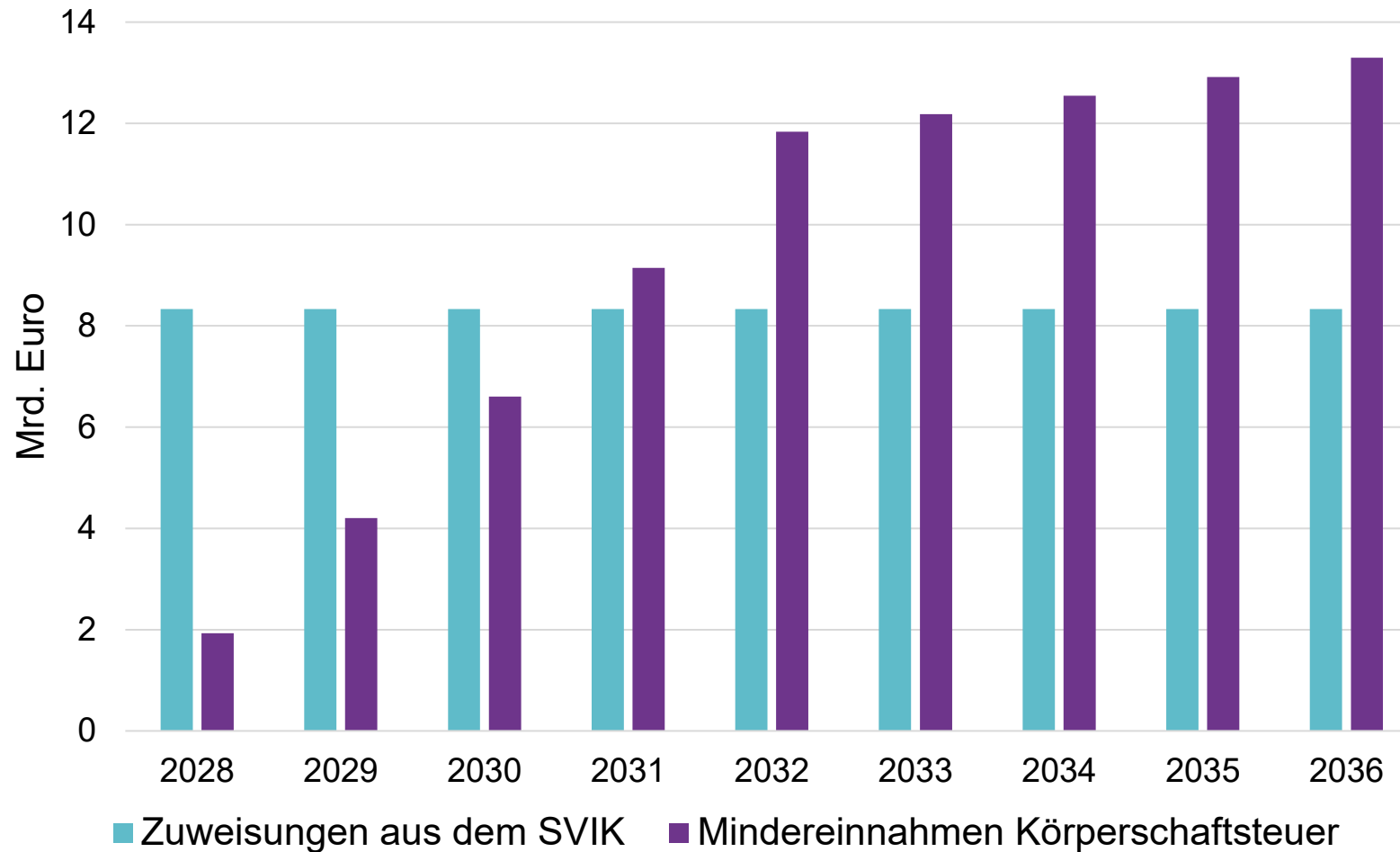
Planung: Noch größere und wachsende Lücke bei ambitionierterer Benchmark der Investitionsquote von 2024



Bei der strengen Benchmark der Investitionsquote des Jahres 2024 würden weniger als die Hälfte der kreditfinanzierten SVIK-Ausgaben als zusätzlich gelten.

Weniger ambitioniert wäre die durchschnittliche Quote der Jahre 2022, 2023 und 2024. Dann wären aber immer noch weniger als 60% zusätzlich.

Mindereinnahmen durch die Körperschaftsteuersenkung könnten zu noch weniger zusätzlichen Investitionen führen



Ab 2028: schrittweise Körperschaftsteuersenkung, Kommunen indirekt betroffen

SVIK-Mittel könnten statt für Investitionen zum Stopfen von Haushaltslöchern verwendet werden.

Weitere Steuersenkungen – z.B. der Einkommensteuer – würden die Lage noch verschärfen.

Fazit: Mit Nachbesserungen kann das SVIK noch ein Erfolg werden

1. Priorität für die Modernisierung unserer Infrastruktur
2. Anhebung der Mindestinvestitionsquote des Kernhaushalts;
Mindestinvestitionsquote für den KTF
3. Steuersenkungen vermeiden, Finanzausstattung der Kommunen verbessern;
Körperschaftsteuersenkung und Senkung der Umsatzsteuer auf Speisen in
der Gastronomie rückgängig machen

Große Herausforderungen
bei Infrastruktur, Transformation und Verteidigung



keine Spielräume für Steuersenkungen, sondern Steuererhöhungen nötig;
wichtig dabei: Orientierung an der Leistungsfähigkeit